Dieses Blatt wird den Bezirken von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** ausgeliefert, während es die Post-Bezieher am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

63. Jahrgang. № 56. Mittwoch, 26. Februar 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 4.80 M. monatlich 1.60 M. Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 35 Pf. Vorzugsplätze u. Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen lt. Tarif. 50% Teuerungszuschlag. — Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Belegbl. 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hupfeld Waisenhausstraße 24 — Urteile und Literatur kostenlos — **Der Phonolaflügel** Das vollkommenste Instrument — **Notenrollen** „Animatic" (Anima-Seele) 88 tönig — **Rönisch** Waisenhausstraße 24

Annahme des Wehrgesetzes.

Eine selbständige Spartakusregierung in München.

(Eigene Drahtmeldung der „Dresdn. Nachr.".)

München, 25. Febr. Der Spartakusbund hat sich unter Vorsitz Dr. Levins als selbständige Regierung Bayerns konstituiert. Aufrufe des Spartakusbundes fordern das Proletariat zur Festnahme der Mitglieder der sozialistischen Koalitionsregierung auf. Die Kommunisten verfügen über etwa 1000 Bewaffnete.

Ein Ultimatum der regierungstreuen Truppen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Würzburg, 25. Febr. Die Generalkommandos des 2. und 3. bayrischen Armeekorps haben die Soldatenräte für Mittwoch einberufen. Wie verlautet, soll ein Ultimatum an die Münchner Räteregierung abgehen, das die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Freiheiten, die Aufhebung der Bewaffnung von Zivilpersonen in München und die sofortige Wiedereinberufung des Landtages fordert.

München, 25. Febr. Montag früh hatten sich die Münchner Truppen mit Ausnahme des früheren Leib-Regiments für die sozialistische Koalitionsregierung erklärt. Der Schutz der neuen Regierung wurde von der Münchner Garnison übernommen. Inzwischen setzt das Komitee der Kommunisten die Bewaffnung der kommunistischen Arbeiter fort.

München, 25. Febr. Die bürgerlichen Zeitungen dürfen heute zum ersten Male wieder erscheinen. Die neue bayrische Regierung ist vorläufig eine Räteregierung mit der Exekutivgewalt des Soldaten- und Arbeiterrats. Der Landtag soll demnächst wieder zusammentreten und, wie die „Münchner Post" versichert, eine neue Regierung bilden. Die Zensur der Zeitungen übt der Münchner Soldaten- und Arbeiterrat aus.

Ein Funkspruch der bayrischen Räte.

Vom Großen bayrischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wurde ein Funkspruch an das Proletariat aller Länder ausgegeben: Infolge des ruchlosen Mordes an Eisner hat sich das bayrische Proletariat einmütig zum Schutze der Revolution erhoben. Das bayrische Proletariat reiche dem Proletariat aller Länder die Bruderhand. Es werde in Bayern den Militarismus mit der Wurzel ausrotten.

Der Verband zu den Münchner Vorgängen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 25. Febr. „Homme libre" schreibt an leitender Stelle: Die Voraussetzungen zu einem schnellen Friedensschluß des Feindes mit uns sind in der prinzipiellen Abkehr von einer Diktatur der Arbeiter- und Soldaten-Räte nach russischem Muster gegeben. Damit ist die Stellungnahme der Alliierten zu den Vorgängen in München und ihre Rückwirkung auf den Komplex der Friedensvorgänge genügend geklärt.

Ludendorff an Reichspräsident Ebert.

General Ludendorff hat den deutschen Gesandten in Stockholm um Uebermittlung folgenden Schreibens an den Präsidenten der deutschen Republik, Herrn Ebert, gebeten:

Herr Präsident!

Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück.

In Ruhe, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, legte ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus lernen wird.

Ich will dem deutschen Volke weiter dienen, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not braucht es jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Sie kann nur meine Auffassung vertreten. Es ist für das Vaterland, aber auch für mich notwendig, daß allseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat und wo die Wurzeln unseres Unglücks liegen.

Ich kehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen.

Ludendorff.

Die Vorgänge in Italien.

(Eigene Drahtmeldung der „Dresdn. Nachr.".)

Wien, 25. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Innsbruck treffen dort Tag und Nacht italienische Truppentransporte ein, die mit der Bahn nach der bayrischen Grenze weitergebracht werden.

Die Abreise der englischen Friedensdelegierten.

(Eigene Drahtmeldung der „Dresdn. Nachr.")

Rotterdam, 25. Febr. Die „Morning Post" meldet: Die englischen Delegierten zur Friedenskonferenz verlassen bereits am 15. März England.

Amerika droht den Verbündeten.

„Aftenposten" berichtet, daß im amerikanischen Senat sofortige Ueberführung und Demobilmachung der in Europa befindlichen amerikanischen Truppen entschieden gefordert wurden. Senator Reed (Demokrat), der diese Forderungen aufstellte, erntete starken Beifall und wurde von der Galerie geradezu begeistert begrüßt. Der Bericht sagt:

Es liegt um Jahre zurück, daß die eng gefüllten Galerien ihren Beifall so gewaltig äußerten. Unter den Zuhörern sah man viele amerikanische Soldaten in Uniform. Sie unterstrichen ihren Beifall durch kräftige Zurufe. Als Senator Lewis Reed fragte, welche Mittel er vorschlagen wolle, um Frankreich und Großbritannien zu zwingen, Schiffe zur Verfügung zu stellen, antwortete Reed: „Ich will den Herren, welche die betreffenden Länder leiten, sagen: Wir brauchen die Schiffe jetzt; geben Sie sie uns. Wenn Sie sich weigern, so muß jedwede Begünstigung, die Sie heute auf dem amerikanischen Markt genießen, Ihnen morgen verweigert werden."

Frankreich entzieht den Streikenden die Lebensmittel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 25. Febr. Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus dem Saargebiet wurden die Zechen des Saarreviers am Sonnabend militärisch besetzt. Eine Verlautbarung des französischen Militärkommandanten warnt die Arbeiterschaft vor dem beabsichtigten Sympathiestreik für die Ruhrbergleute und droht für den Fall der Minderung der Förderung die sofortige Entziehung der Lebensmittel an die Arbeiter für die Dauer des Streikes an.

Der Generalstreik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

Halle, 25. Febr. Wie der Bezirksbergarbeiterrat in Halle mitteilt, haben die Bergleute des mitteldeutschen Braunkohlengebiets am Montag die Arbeit niedergelegt. Das Aktionskomitee fordert alle Arbeiter von Halle und Umgebung zum Eintritt in den Generalstreik auf.

Am Montag abend 6 Uhr sind sämtliche Beamten und Angestellten im mitteldeutschen Braunkohlenrevier in den Generalstreik eingetreten als Protest gegen die Vergewaltigung der Beamten durch die Posten der streikenden Arbeiter. Es ist dafür gesorgt, daß für die Beaufsichtigung der Pumpen, Kesselhäuser usw. die nötige Anzahl von Beamten auf den Werken dauernd anwesend ist. Die Aufhebung dieser Streikorder erfolgt telephonisch oder telegraphisch von Halle aus. Der Verband mitteldeutscher Braunkohlenbergbau-Angestellten hat die Zahl von 8000 bereits weit überschritten. Falls der Generalstreik der Arbeiter andauern sollte, dürften ähnliche Maßnahmen auch in anderen Gegenden Deutschlands nicht zu umgehen sein.

Die Elektrizitäts-Versorgung von Halle in Frage gestellt.

Halle, 25. Febr. Wie das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle mitteilt, haben sich auch die Arbeiter des Kraftwerkes dem Generalstreik der Bergleute angeschlossen. Die Elektrizitätsversorgung der elektrischen Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, sowie der elektrischen Straßenbahn Halle—Merseburg ist damit vollkommen unterbunden.

Halle a. d. S., 25. Febr. Infolge des Generalstreiks ist der Eisenbahnverkehr in Halle seit gestern früh eingestellt. Der Hauptbahnhof und das Gebäude der Eisenbahndirektion sind von Streikenden besetzt.

Halle, 25. Febr. Wie hierher aus Erfurt gemeldet wird, ist auch dort der Generalstreik ausgebrochen.

Zeitz, 25. Febr. In Zeitz ruht die Arbeit vollständig. Da das Elektrizitätswerk den Betrieb eingestellt hat, wird der Eisenbahnverkehr, der auf elektrischen Betrieb angewiesen ist, nur noch mühsam aufrechterhalten. Die Wasserversorgung ist unterbrochen. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Die Bürgerschaft des Stadt- und Landkreises Zeitz plant ihrerseits einen Generalstreik, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.

Neue Schießereien in Berlin.

Berlin, 25. Febr. (Eig. Drahtmeld.) In der vergangenen Nacht sind in Berlin an mehreren Stellen, besonders in der Nähe der Reichsbank, in der Wilhelmstraße und im Zeitungsviertel Schießereien vorgekommen, die auf spartakistische Umtriebe zurückzuführen waren. Die Schießereien kamen nicht unerwartet, es sind Vorzeichen eines neuen Putschplanes der Spartakisten. Die Behörden sind über die Absichten der Spartakisten genau unterrichtet. Gestern abend haben in Berlin mehrere Versammlungen der Kommunisten stattgefunden, in denen die Meinung vertreten wurde, daß nach den Vorgängen in München und Baden die kommunistische Partei auch in Berlin eine regere Tätigkeit entfalten müsse.

Die Beratung des vorläufigen Wehrgesetzes.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 25. Februar.

Man kann gegen den Wehrgesetzentwurf, der heute zur Beratung steht, viele Einwendungen erheben. Er spiegelte im Grunde all den Jammer wider, den der Anblick unseres Heeres heute in jedem Deutschen erwecken muß, dem sich dann auch der sozialdemokratische Redner Schöpflin, der den Reigen eröffnete, nicht verschließen konnte. „Disziplin muß sein, ohne Ordnung und Ruhe kann der Staat nicht bestehen", erklärte Herr Schöpflin, und fand damit Beifall auch auf den Bänken der Rechten. Mit einiger Bitterkeit verzeichnete er die Tatsache, daß Deutschland, das zuerst die allgemeine Wehrpflicht eingeführt habe, jetzt zum Freiwilligensystem zurückkehren und durch Zeitungsinserate auffordern müsse zum Schutze unserer Grenzen. Bloß um die heikle Frage, wie denn alles gekommen ist, wie es geschehen konnte, daß die Kasernen zu „Schweineställen" wurden, daß dort geradezu trostlose Zustände herrschen, ging der sozialdemokratische Redner herum. Er mußte es wohl; denn wäre er auf diese Dinge eingegangen, hätte er den letzten Gründen nachgeforscht, so wäre seine Rede notwendigerweise zu einer einzigen Anklage der Revolution geworden. Denn darüber herrscht schließlich heute auch bei den Mehrheitsparteien kein Zweifel mehr, daß lediglich die Revolution schuld ist an der heillosen Verwirrung und Untergrabung unserer militärischen Macht. Herr Gröber und andere Zentrumsredner, insbesondere der Arbeitersekretär Stegerwald, haben in ihren Reden zum Etat darauf mit unverhüllten Worten hingewiesen. Als Erfordernis des guten Tones schien Herr Schöpflin es zu betrachten, gegen die Offiziere zu polemisieren. Er fand ihre Wünsche unzeitgemäß, übersah dabei aber, daß diese Wünsche auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Wiederherstellung der Disziplin, für die Herr Schöpflin wenige Minuten zuvor selbst eine Lanze gebrochen hatte.

Redner des Zentrums und der Deutschen Demokraten faßten sich kurz. Bemerkenswert waren die ernsten Worte des Demokraten Stehr über die Notwendigkeit des Ostschutzes. Er machte Frau Luise Zietz darauf aufmerksam, daß sie die Rede, die sie kürzlich in diesem Hause gehalten habe, in Ostpreußen schwerlich hätte halten können. Der deutschnationale Abgeordnete Baerecke ließ es sich nicht entgehen, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie erheblich umgelernt und nachgerade eingesehen hätte, daß man mit der Methode der Revolution nicht weiterkomme. Es gehe eben nicht ohne Macht. Die schönsten Beschlüsse seien wertlos, wenn sie von der Regierung nicht verwirklicht werden könnten. Mit Recht machte der Redner darauf aufmerksam, daß das Gerede von einer Gefahr von rechts nichts anderes sei, als eine fixe Idee, die freilich von der Sozialdemokratie aus politischen Gründen immer wieder hervorgeholt werden müsse. Trotzdem erklärte er, daß seine Partei dem Gesetze zustimmen wolle.

Nun kam Herr Henke, der Unabhängige, der eine Zeitlang Herr von Bremen gewesen ist. Er feierte zuerst die Friedensliebe der russischen Sowjetregierung und brachte ein Telegramm zur Verlesung, das sie des näheren erläutern sollte. Das Haus aber schien erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Ausführungen zu haben und hielt damit auch nicht zurück. Noch weniger tat das der Reichswehrminister Noske in seiner Antwort. Herr Noske hielt wieder eine seiner — man kann es wirklich nicht anders ausdrücken — militärisch knappen und schlagfertigen Reden, die ihren Eindruck auf das Haus niemals verfehlen. Er betonte, daß der Gesetzentwurf so, wie er vorliege, natürlich nur einen vorläufigen Charakter tragen könne. Er stehe ja auch im Widerspruch mit dem Erfurter Programm, in dem Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit gefordert wird. Das jetzige Gesetz komme diesem Ziele natürlich in keiner Weise nahe. Jetzt handele es sich eben nur darum, einer drückenden Notlage des ganzen Volkes ein Ende zu machen und die Gewaltherrschaft einiger Weniger zu unterbinden. Besonders dem Unabhängigen Henke gegenüber betonte Noske noch ganz besonders, daß in diesem Gesetz in keiner Weise ein Wiederaufleben des Militarismus, durch den das Ausland unruhig werden könne, zu erblicken sei, da ja das neue Heer im besten Falle nur ein Drittel der Friedensstärke des alten Heeres erreichen werde. Zum Schlusse gab der Reichswehrminister der Hoffnung Ausdruck, daß so rasch wie möglich das erforderliche Maß von Sicherheit an den Grenzen geschaffen werde und die neu zu bildenden Truppenorganisationen hoffentlich niemals zu ernsten Kämpfen Verwendung finden müssen.

Nach längeren Ausführungen Noskes und verschiedener anderer Redner, darunter des Abg. Cohn (Unabh.), der eine Reihe von Abänderungsanträgen begründete, wurde das Gesetz, und zwar mit Abänderungsanträgen, die auch den Unteroffizieren und Mannschaften die Offizierslaufbahn eröffnen wollen, angenommen. Die Abänderungsanträge der Unabhängigen sind abgelehnt worden.

SLUB
Wir führen Wissen.